

Burgdorf, 24.09.2014

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales und Integration** der Stadt Burgdorf am **18.09.2014** im Sitzungsraum des Rathauses II, Vor dem Hannoverschen Tor 1

17.WP/SozA/008

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:30 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Morich, Hans-Dieter

stellv. Vorsitzende

Meißner, Claudia

Mitglied/Mitglieder

Birgin, Gurbet

Bublitz, Werner

Dralle, Karl-Heinz

Ehrhardt, Hans-

Joachim

Knauer, Detlef

von Oettingen, Gero

Weilert-Penk, Christa

Beratende/s Mitglied/er

Cölle, Hans-Hendrik Dr. med.

Integrationsbeauftragter

Gündel, Roy

Kotzke, Walter

Lüders, Karen

Röttger, Fritz

Schulze, Michael

Wirz, Angelika

Verwaltung

Borrmann, Thomas

Kindler, Thies

Kugel, Michael

Pape, Petra

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration vom 05.06.2014
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. **M i t t e i l u n g** - Auswertung der Energieverbräuche, der Energiekosten und der Reinigungskosten für die Jahre 2010 bis 2013
Vorlage: 2014 0635
4. Finanzierung Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring, Stelle Barbara Martens
Vorlage: 2014 0682
5. Förderung für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 2014 0683
6. Unterbringung von Flüchtlingen
Vorlage: 2014 0691
7. Anfragen lt. Geschäftsordnung
- 7.1. Ablehnung des Unterstützungsangebotes für die Städte und Gemeinden der Region bei der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen
-Anfrage des Ratsherren Detlef Knauer vom 04.06.2014-
Vorlage: 2014 0658
8. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Morich, eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration vom 05.06.2014

Der Ausschuss für Soziales und Integration fasste **einstimmig** bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration vom 05.06.2014 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Pape informierte über das Mentoring-Programm „Politik braucht Frauen!“ des niedersächsischen Sozialministeriums.
Bei Interesse kann mit Frau Pape unter der Telefonnummer 0176/40098352 Kontakt aufgenommen werden.

3.1. Mitteilung - Auswertung der Energieverbräuche, der Energiekosten und der Reinigungskosten für die Jahre 2010 bis 2013 Vorlage: 2014 0635

Herr Kugel erläuterte die Vorlage der Auswertung der Energieverbräuche, der Energiekosten und der Reinigungskosten für die Jahre 2010 bis 2013.

Die Auswertung wurde durch den Ausschuss für Soziales und Integration zur Kenntnis genommen.

4. Finanzierung Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring, Stelle Barbara Martens Vorlage: 2014 0682

Frau Weilert-Penk erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion für die Finanzierung der Personalstelle des Kooperationsprojektes Nachbarschaftstreff im Ostlandring für das Haushaltsjahr 2015.

Frau Meißner äußerte, dass die Förderung fraktionsübergreifend Zustimmung fände. Sie würde jedoch eine ungefähre Aufstellung der Kooperationspartner über geleistete Integrationsarbeit für sinnvoll halten, um zu sehen, wo und was getan werde und wo ggf. Ergänzungen sinnvoll sein könnten.

Herr Bublitz entgegnete, dass das Aufstellen und Führen einer Statistik für Ehrenamtliche zusätzliche Arbeit bedeuten würde und dies nicht zielführend sei.

Herr Knauer äußerte, dass zur Deckung der in diesem Jahr anfallenden Kosten für die Personalstelle des Nachbarschaftstreffs nicht verbrauchte Mittel in Höhe von 3.500,00 € aus dem Etat Gleichstellung verwendet worden seien. Er gehe davon aus, dass in den folgenden Jahren wieder ein ungekürzter Betrag für Gleichstellungsarbeit zur Verfügung stehe.

Weiterhin äußerte er, dass es bereits bis 1995 eine hauptamtliche Stelle von Seiten der Stadt für Flüchtlingssozialarbeit gegeben habe und diese Arbeit nicht nur ehrenamtlich erfolgte. Es müsse ein Konzept für die Flüchtlingsarbeit erstellt und gegebenenfalls eine hauptamtliche Stelle geschaffen werden.

Herr Kugel stimmte zu, dass ein entsprechendes Konzept (Flüchtlingsarbeit/Integrationsarbeit) erarbeitet werden sollte. Er sehe die Federführung hierfür bei der Stadt. Dieses sollte in Zusammenarbeit mit einem festen Kreis von Personen aus den beteiligten Institutionen erstellt werden.

Frau Weilert-Penk stellte den Antrag, für das Haushaltsjahr 2015 einen Zuschuss in Höhe von 20.500,00 €, der die Personalstelle von Frau Barbara Martens mit 15 Arbeitsstunden wöchentlich abdeckt, in den Haushalt der Stadt Burgdorf einzustellen.

Der Ausschuss für Soziales und Integration fasste einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

Zur Finanzierung der Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring wird in den Haushalt 2015 ein Personalkostenzuschuss von 20.500,00 €, der die Personalstelle von Frau Barbara Martens mit 15 Arbeitsstunden wöchentlich abdeckt, eingestellt. Dieser Betrag soll im Jahr 2015 zur Auszahlung kommen.

**5. Förderung für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 2014 0683**

Frau Birgin erläuterte dem Ausschuss für Soziales und Integration den Antrag der CDU-Fraktion. Sie führte an, dass das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus durch viele ehrenamtliche Helfer bei der Betreuung ausländischer Mitbürger tätig sei. Die Haupt- und die Realschule würden mit ehrenamtlichem Förderunterricht unterstützt. Da die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in den nächsten Jahren weiterhin steigen werde, müsse eine größere Unterstützung der Kommunen durch den Bund erfolgen.

Frau Weilert-Penk äußerte, dass sich die Situation in den nächsten Jahren nicht verbessern werde und die Integrationsarbeit wichtig und notwendig sei. Die SPD-Fraktion stimme dem Antrag zu. Jedoch sollte als Zusatz aufgeführt werden, dass die Zahlungen an das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus unter der Voraussetzung erfolgen, dass die Aktivitäten bei der Integrationsarbeit im engen Austausch mit dem vom Rat bestellten Integrationsbeauftragten abgestimmt werden. Der Rat erwarte eine enge Zusammenarbeit auf der Grundlage des vom Rat beschlossenen Aufgabenprofils. Falls notwendig, müsse eine schriftliche Vereinbarung getroffen werden.

Herr Knauer meinte, dass ein solcher Zusatz nicht notwendig sei. Er stellte die Frage, ob denn die Förderungen des Landes und des Bundes zu 100% sicher seien.

Frau Wieker vom Burgdorfer Mehrgenerationenhaus antwortete, dass das BMGH im 3. Förderjahr sei. Das Land Niedersachsen habe der Förderung zugestimmt. Was vom Bund letztendlich geschehen werde, wisse man nicht genau.

Um 17.50 Uhr erfolgte eine Unterbrechung der Sitzung.

Um 18.00 Uhr wurde die Sitzung fortgesetzt.

Frau Weilert-Penk äußerte, davon ausgehend, dass die Verwaltung zur Erarbeitung des Konzepts Integrationsarbeit u.a. das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus, den Nachbarschaftstreff und die Integrationsbeauftragten einlädt und damit alle gemeinsam an dieser Aufgabe arbeiten, werde der Förderung für die beiden Jahre seitens der SPD-Fraktion zugestimmt.

Der Ausschuss für Soziales und Integration fasste einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

In den Haushalt der Stadt Burgdorf werden für die Jahre 2015 und 2016 Zuschüsse für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus von jeweils 5.000,00 € eingestellt. Die Beträge werden - unter der Voraussetzung, dass der Bund und das Land die Förderung für Mehrgenerationenhäuser fortsetzen - in den jeweiligen Jahren ausgezahlt.

6. Unterbringung von Flüchtlingen
Vorlage: 2014 0691

Herr Kugel erläuterte dem Ausschuss für Soziales und Integration die Vorlage.

Herr Borrmann berichtete, dass die Aufnahmequote von Flüchtlingen und Asylbewerbern der Stadt Burgdorf für den Zeitraum 01.07.2014 bis 30.06.2015 95 Personen beträgt. Es sei jedoch mit einer verkürzten Laufzeit der Quote aufgrund der steigenden Zahlen zu rechnen.

In den bisherigen 3 Monaten seien 33 Personen aufgenommen worden, so dass sich ein Rest von 62 Personen ergebe, die noch aufgenommen und untergebracht werden müssen. Zusätzlich mussten seit dem 01.07.2014 weitere 11 Folgeantragsteller untergebracht werden. Im Wohnheim Friederikenstr. seien derzeit noch 4 Plätze frei. Mit der Fertigstellung des 3. Gebäudes in der Friederikenstr. würde Platz für 20 weitere Personen vorhanden sein.

Herr Dralle bat zu prüfen, ob die Hausmeisterwohnung der Otzer Schule für die Unterbringung hergerichtet werden könne.

Herr Kugel erklärte, dass derzeit eine Arbeitsgruppe weitere Standorte zur Unterbringung prüfe. Von den stadteigenen Grundstücken kämen 3 Standorte unter Berücksichtigung von baurechtlichen Aspekten in Frage. Diese seien Drei Eichen, Eseringer Str. und Friederikenstraße (gegenüber dem jetzigen Wohnheim). Dort sollen Unterkunftsmöglichkeiten für ca. 40 Personen geschaffen werden, wobei ein Standort vermutlich nicht ausreichen werde.

Herr von Oettingen bat zu prüfen, ob die Hausmeisterwohnung der Astrid-Lindgren Grundschule genutzt werden könne.

Herr Kugel ergänzte, dass sich die Kosten für eine menschenwürdige Unterkunft in Modulbauweise an einem der 3 Standorte auf ca. 800.000,00 € (für 40 Personen) belaufen werden. Im Gegensatz dazu würde der Neubau für die Unterbringung von Asylbewerbern der Stadt Lehrte ca. 1,5 Mio. € (für 50 Personen) betragen.

7. Anfragen lt. Geschäftsordnung

K E I N E

**7.1. Ablehnung des Unterstützungsangebotes für die Städte und Gemeinden der Region bei der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen
-Anfrage des Ratsherren Detlef Knauer vom 04.06.2014-
Vorlage: 2014 0658**

Herr Knauer äußerte, dass er seine Anfrage nicht noch einmal vorlesen werde. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass die Städte nicht verpflichtet seien, Sozialarbeit zu finanzieren. Die hier gegebenen örtlichen Strukturen sollen jedoch aufrechterhalten und ausgebaut werden. Er sei jedoch persönlich verwundert, warum alle Kommunen das Unterstützungsangebot der Region Hannover abgelehnt haben.

Herr Kugel entgegnete, dass man dankbar sei, wenn die Region sich einbringt. Jedoch müsse es sich um ein System handeln, welches flexibles Handeln ermögliche. Feste Sprechzeiten wie bei dem Unterstützungsangebot der Region würden jedoch nicht viel helfen.

8. Anregungen an die Verwaltung

Herr Morich bat die Verwaltung, mit dem Stadtmarketing Verein in Kontakt zu treten und darauf hinzuwirken, dass die Stadtführungen „Jüdisches Leben in Burgdorf“ kostenlos angeboten werden. Er betonte, dass der Stadtmarketing Verein wohlhabende Mitglieder habe und der Verein nicht auf die eingenommenen Erlöse aus der Stadtführung angewiesen sei.

Einwohnerfragestunde

K E I N E

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführer